

Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Räber AG, Küssnacht am Rigi

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth lic. iur. HSG, Rechtsanwalt Convisa AG, Unternehmens-, Steuer-& Rechtsberatung 6431 Schwyz Tel. 041 819 60 60 Fax 041 819 60 69 praesident@h-i-sz.ch ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber lic. iur. Rechtsanwalt Anwaltskanzlei Weber Gersauerstrasse 7 Postfach 618 CH-6440 Brunnen Tel. 041 820 34 44 Fax. 041 820 34 55 info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzer Kantonalbank Tel. 041 819 41 11 Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz-Brunnen-Steinen-Küssnacht-Gersau-Arth-Goldau: Roman Weber Tel. 041 820 34 44 info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln: Georges Kaufmann Tel. 055 410 11 69 georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese (Herausgabe und Redaktion): Sekretariat H+I Redaktion Teil «SZ»: Franz Steinegger, Schwyz Tel. 041 819 08 76 Abschlussredaktion: RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz Tel. 041 811 80 80 Satz, Druck, Spedition: Bruhin AG, druck I media, Freienbach Tel. 055 415 34 34 www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli Treuhandbüro Kirchstrasse 42 Postfach 8807 Freienbach Tel. 055 415 78 00 Fax 055 415 78 01 g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

Weniger ist oft mehr



Dr. Peter Hilfiker, Vorsitzender der Geschäftsleitung und CEO, Schwyzer Kantonalbank

In seinem 2011 erschienen Buch «The Age of Less» setzt sich der Leiter des renommierten GDI-Instituts, David Bosshart, in kritisch-konstruktiver Art mit dem Zeitalter des ewigen Zahlenwachstums auseinander. Er stellt sich dabei auf den Standpunkt, dass der Westen vor dem Ende dieses Zeitalters stehe und dass die Logik des Immer-Mehr ausgedient habe. Nicht der Ausstieg aus dem Kapitalismus, sondern die Frage, wie wir unseren Wohlstand bewahren können, stellt der Autor in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Dabei plädiert er für ein Zeitalter der Genügsamkeit und der Bescheidenheit.

Wie also sollen wir eine Zukunft gestalten in der es von allem etwas weniger gibt? Weniger Grösse, weniger Schnelligkeit, weniger Stabilität, weniger Sicherheit, weniger Raum, weniger Lohn und weniger Essen! Es ist nur allzu selbstverständlich, dass uns solche Aussichten zutiefst verunsichern. Die Zeiten werden also frostiger, uns bläst in Zukunft ein unangenehmer Wind um die Nase. Um schwierigere klimatische Bedingungen erfolgreich zu bewältigen, müssen Lebewesen robuster werden. Dies ist denn auch ein Schlüsselwort des Autors zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Robustheit bei Staaten, bei Unternehmen, aber auch beim Menschen als Arbeitskraft.

Was bedeutet dies für unsere Unternehmen, unsere Mitarbeitenden und uns selber? Eigentlich nichts Neues oder nichts Unbekanntes! Wir alle müssen ein wenig zurückstecken. Wir haben es uns in unserer Komfortzone sehr gemütlich gemacht. Wir müssen diese goldenen Ketten abstreifen, die wir uns selber angelegt haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang nachfolgend auf zwei Aspekte eingehen, die mir besonders bedenkenswert erscheinen und die auch auf den betrieblichen und persönlichen Alltag positiven Einfluss haben können:

Teilen: Braucht wirklich jeder Mensch, jede Familie ein Auto, eine Ferienwohnung, einen voll ausgerüsteten Arbeitsplatz, mindestens zwei Smartphones, einen eigenen Computer mit einer Unmenge von Speicherplatz? Dies gilt noch viel mehr für Unternehmen! Ist es nicht an der Zeit, weniger, dafür besser zu arbeiten; weniger, dafür bewusster zu konsumieren? Die Umwelt weniger zu

verschmutzen und an unseren Ressourcen Raubbau zu betreiben?

Qualität statt Quantität: Für viele mag diese Forderung banal und abgenutzt erscheinen. Ich glaube aber, dass es sich lohnt, noch einmal darüber nachzudenken und ernsthaft zu versuchen ihr nachzuleben. Insbesondere dann, wenn wir uns vor Augen führen, dass wir in naher Zukunft gezwungen sein werden, mit weniger auszukommen. Als Arbeitgeber werden wir nicht darum herum kommen, unsere Mitarbeitenden und unsere Kader auf das «weniger» vorzubereiten und selber mit gutem Beispiel voran zu gehen. Auf der anderen Seite müssen wir uns bewusst sein, dass wir es in Zukunft vermehrt mit selbstbewussten Menschen zu tun haben werden, die gut ausgebildet und leistungsbereit sind, sich aber klare Grenzen setzen. Menschen also, die ihr Lebensglück ganzheitlich betrachten und für die ab einem bestimmten Punkt nicht mehr gilt «more is more». Für diese Mitarbeitenden ist die Arbeit nur einer von vielen Faktoren, die ihre Lebensqualität beeinflussen. Solche Menschen nehmen dafür gern eine Einbusse an Lohn und Ansehen in Kauf, wenn dafür das Gleichgewicht stimmt.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage und für 2013 Zuversicht, Lebensqualität und gute Gesundheit.

Dr. Peter Hilfiker

Schwyzer Wirtschaft wächst um 1,1 Prozent

Gesamthaft soll die Schwyzer Wirtschaft im kommenden Jahr um 1,1 Prozentpunkte wachsen. Der schweizerische Wachstumsdurchschnitt wird auf 1,2 Prozent geschätzt. Während die Tourismuswirtschaft und die Exportwirtschaft weiterhin leiden, sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, das Immobilienwesen und die Informatikdienstleistungen die Wachstumstreiber. Im Sektor Dienstleistungen wird ein Wachstum von 1,4 Prozent prognostiziert, im produzierenden Gewerbe ein leichter Rückgang der Wertschöpfung um 0,3 Prozent. Im Baugewerbe, in der Verlags- und Druckindustrie sowie in der Branche Nahrungs- und Genussmittel wird mit einer rückläufigen Wertschöpfung gerechnet. «Im Finanzsektor führen die Strukturreformen, die angeschlagene Weltkonjunktur und die angespannte Lage auf den internationalen Finanzmärkten ebenfalls zu einem Rückgang der Wertschöpfung», schreibt die Schwyzer Kantonalbank SZKB in ihrer Wirtschaftsprognose. Für die Gesamtschweiz rechnet sie im nächsten Jahr mit einer Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent. Im Kanton Schwyz sei von einer leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit auszugehen, so die Konjunkturforscher von BakBasel.

Kantonsbudget 2013 knapp genehmigt

Weil der Stimmbürger im September die Neuverteilung von Aufgaben und Lasten abgelehnt hat, tat das Budget 2013 einen Sprung nach oben. Das Defizit ist von 78,6 auf 100,9 Mio. Franken angestiegen. Damit hat es die Limite von 80 Mio. Franken überschritten, welche sich der Kantonsrat selber gesetzt hatte. Finanzdirektor Kaspar Michel und die Regierung haben inzwischen zwar ein Entlastungsprogramm vorgestellt, das aber erst ab 2014 greifen wird. Im Kantonsrat entwickelte sich am 12. Dezember eine stark ideologisch gefärbte Defizit-, Finanz- und Steuerdebatte. Während die Ratsrechte noch mehr sparen will, kritisiert die SP die Tiefststeuerpolitik. Schliesslich wurde eine Rückweisung verworfen und der Voranschlag nach sieben kleineren Korrekturen mit 69 Stimmen gutgeheissen; nötig war ein Quorum von 60 Stimmen. Damit bleib ein Debakel wie vor zwei Jahren erspart, als das Budget 2011 zurückgewiesen wurde und erst im April des Jahres genehmigt werden konnte.

Schwyz steuergünstiger als Zug

Nirgends in der Schweiz ist die Steuerbelastung so tief wie im Kanton Schwyz. Erstmals hat Schwyz den Kanton Zug als bisherigen Leader überflügelt. Dies zeigt die Ende November von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) veröffentlichte Statistik. Die Erhebung erfasst die «gesamte steuerlich ausschöpfbare Wirtschaftskraft». Dazu gehören die steuerbaren Einkommen, Gewinne und der Vermögenszuwachs aller Steuerpflichtigen. Diesen gegenüber gestellt werden die effektive Belastung durch Steuern der öffentlichen Hand. Die Kennzahl ergibt, wie stark das gesamte Ressourcenpotenzial durch die Steuern belastet wird. Im Kanton Schwyz beträgt diese Fiskalquote 13,1 Prozent. In Zug sind es 13,7, in Nidwalden 16,2 Prozent. Alle anderen Kantone liegen deutlich höher, in Genf sogar bei 35,9 Prozent. Das schweizerische Mittel der Fiskalbelastung beträgt 26,7 Prozent; im Kanton Schwyz ist sie also halb so gross wie im schweizerischen Durchschnitt. Konkret: Von 100 Franken, die im Kanton Schwyz erwirtschaftet werden, müssen 13 Franken an den Staat abgeliefert werden. Schwyz hat damit die tiefste Steuerquote der Schweiz.

Umbau der Planzer Transporte AG

Ende Oktober hat die Planzer-Transportgruppe mit Sitz in Schwyz (Seewernstrasse 203, 6423 Seewen) ihr Firmengeflecht umgebaut, wie im Amtsblatt Ende November ausgeschrieben worden ist. Darin werfden 15 neue Firmen aufgeführt. Alle weisen eine grosse Übereinstimmung in der Kapitalisierung, in der Besetzung des Verwaltungsrats und im deklarierten Firmenzweck auf. An der operativen Tätigkeit ändert sich nichts. Neu zeichnet bei allen Unternehmen Nils Planzer, Oetwil, als Verwaltungsratspräsident als Verwaltungswaltungsräte Severin Baer, Oberrohrdorf; Roland Straub, Wettswil; Andrea Bova, Wettingen, an. Nicht verändert werden mit dieser Neustrukturierung die Eigentumsverhältnisse: Die ganze Planzer-Gruppe bleibt ein Familienunternehmen. Die Planzer Holding AG ihren Sitz von Dietikon nach Seewen-Schwyz verlegt. Der operative Hauptsitz der Planzer-Gruppe ist aber nach wie vor Dietikon geblieben. Die Planzer-Gruppe gehört heute zu den bedeutendsten Transportunternehmungen der Schweiz. Sie konzentriert sich auf den Inlandmarkt. Sie beschäftigt 3700 Angestellte und betreibt 40 Standorte, davon einzelne im angrenzenden Ausland und in den Benelux-Staaten.

Radio Central kann erweitern

Der hörerstärkste Zentralschweizer Regionalsender «Radio Central» mit Hauptstudio in Brunnen kann sein

Sendegebiet erweitern. Das Uvek hat die geltende Konzession ergänzt. Es betrifft dies die zürcherischen Gemeinden Richterswil, Wädenswil, Horgen und Hirzel. Diese Gebietserweiterung erlaubt es Radio Central, dass auf der Strassenverbindung über den stark frequentierten Hirzelpass künftig eine durchgehend gute Empfangsqualität garantiert werden kann. Radio Central wird dazu einen zusätzlichen UKW-Sender im fraglichen Gebiet installieren und in Betrieb nehmen. Der Hirzel verbindet zwei wichtige Versorgungsgebiete von Radio Central, die Region Ausserschwyz und die Agglomeration Zug. Bisher konnten Pendler auf dieser Strecke über den Hirzel den Sender nur beschränkt empfangen.

Pfäffikon verliert Hedgefonds

Die Alegra Hedgefonds zieht von Pfäffikon nach Vaduz in Liechtenstein. Laut dem Unternehmen wurde der Schritt durch neue Regeln zu Alternative Investment Fund Managers ausgelöst, die im kommenden Sommer in Kraft treten sollen. Damit würde Hedgefonds den EU-Zugang erschwert. Liechtenstein hat bereits entsprechende Gesetze erlassen, damit es sich für Fonds mit ausländischen Geldern lohnt, im Ländle Domizil zu nehmen. Die Schweiz hinke bei der Umsetzung der Regeln hinterher, sagt Daniel Riediker, Vorstandschef der Alegra Capital AG. Gemäss der Handelszeitung könnte es deshalb bald zu einem personellen Aderlass in Pfäffikon und Zug kommen, wo in den vergangenen Jahren diverse Hedgefonds ansässig geworden sind.

Immobilienmarkt: Zug strahlt nach Innerschwyz aus

Der Immobilienmarkt rutscht in der Schweiz immer stärker in die Risikozone, es besteht die Gefahr der Blasenbildung. Der aufgeheizte Immobilienmarkt im Raum Zug strahlt auf Innerschwyz aus. Gemäss UBS-Immobilienblasenindex gilt der innere Kantonsteil neu als «Region mit erhöhtem Gefährdungspotenzial» und ist als so genannte Monitoringregion neu unter Beobachtung gestellt worden. Dies gilt für den ganzen Bezirk Schwyz sowie die Bezirke Gersau und Küssnacht. Bereits bisher schon als Gefahrenregion für eine Immobilienblase eingestuft waren die ganze Agglomeration Zug, das Knonaueramt und die Bezirke Höfe und March. Bei der Schwyzer Kantonalbank bestätigt Andreas Langenegger, Leiter des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenkunden, diesen Trend. Die

Immobilienpreise seien im dritten Quartal in Innerschwyz eindeutig weiter gestiegen, sowohl für Einfamilienhäuser wie Eigentumswohnungen. Dies gelte vor allem für die Standorte Küssnacht, Arth-Goldau und den Schwyzer Talkessel. Dieser Trend sei schon seit Jahren feststellbar. Die übrigen Gemeinden sind von diesem Druck aus Zug noch weniger erfasst worden. Langengegger weist auch darauf hin, dass die Bautätigkeit zwar momentan leicht rückläufig, aber immer noch gross sei.

Migros investiert in Küssnacht 33 Mio. Franken

Die Migros Luzern trimmt den Rigi-Märt Küssnacht fit für die Zukunft: In Etappen wird die Liegenschaft 2013 renoviert. Die Verkaufsfläche wird verdoppelt. Auf dem Gebäude könnten künftig sogar Wohnungen entstehen. Dazu hat die Migros-Genossenschaft Luzern per 1. Oktober die Liegenschaft an der Siegwartstrasse 11 erworben. Sie wird das Laden-, das Obergeschoss und das Parkgeschoss des Rigi-Märt Küssnacht im Jahr 2013 modernisieren. Der Migros-Supermarkt und voraussichtlich sämtliche Geschäfte bleiben während des Umbaus geöffnet. Die Investitionen werden mit 33 Millionen Franken beziffert. Durch die Erweiterung des Gebäudes ergibt sich ein komplett neues Erscheinungsbild. Das Ladengeschoss erhält eine öffentliche Begegnungszone, das Parking und der Zugang zu den Geschäften werden modernisiert. Im Obergeschoss werden Technik- und Personalräume realisiert. Im Erweiterungsbau sind auch Wohnungen vorgesehen. Die Migros-Verkaufsfläche wird auf rund 2000 Quadratmeter verdoppelt, das Sortiment erweitert. Es entstehen zusätzliche Arbeitsplätze in noch unbekannter Grössenordnung.

Augustin Mettler übernimmt **REV-Leitung Einsiedeln**

Klaus Korner verlässt nach langjähriger Tätigkeit im kommenden Jahr den Regional-Entwicklungsverband Einsiedeln (REV) und geht in Pension. Er hat die Regionalpolitik im Kanton Schwyz seit den 1980er-Jahren nachhaltig geprägt. Neuer Leiter der Geschäftsstelle per 1. Februar 2013 wird Augustin Mettler aus Seewen. Er ist 48 jährig, Ökonom und selbständiger Kommunikationsberater. Mettler ist heute bereits im Vorstand des REV Rigi-Mythen. Der REV Einsiedeln setzt sich für die Förderung der Regionen Einsiedeln, Ybrig, Wägital, Rothenthurm und Alptal als attraktiver Wirtschaftsstandort, Wohnort und Lebensraum ein. Mit der neuen Regionalpolitik (NRP) unterstützt der Bund via REV Berggebiete und den ländlichen Raum bei der Bewältigung des Strukturwandels. Die Regionalpolitik will die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten verbessern, Innovationen fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen steigern. Damit wird ein Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen geleistet. Zu einem Wechsel an der Spitze kommt es beim REV Rigi-Mythen. Präsident Josef Wyer aus Küssnacht tritt zurück. Als Nachfolger vorgeschlagen wird Roland Pfyl, Schwyz.

Immer mehr Schwyzer arbeiten im AHV-Alter

Der Trend zur Frühpensionierung flaut ab. Dies stellen sowohl der Bund als auch der Kanton Schwyz fest. Dieser Trend wird noch verstärkt: «Die Anzahl Personen, welche über das AHV-Alter hinaus einer Arbeit nachgehen, hat zwischen 2008 und 2011 um 66 Prozent zugenommen», rechnet Andreas Dummermuth, Leiter der Ausgleichskasse Schwyz, in einem Gespräch mit dem «March Anzeiger» vor. Die gleiche Tendenz registriert auch das Bundesamt für Sozialversicherung. «Das Erwerbsaustrittsalter der Männer lag im Durchschnitt der letzten drei Jahre bei 64,1 Jahren, jenes der Frauen bei 62,6», so die Bilanz der im Oktober veröffentlichten Studie. «In der Regel arbeiten Personen über das AHV-Alter hinaus, die sich in ihrer Selbständigkeit einen guten Kundenstamm erarbeitet haben oder Leute, die gut situiert sind», sagt Dummermuth. Ausschlaggebend dürften auch Faktoren wie Arbeitszeit und -bedingungen sein.

Beiträge in Familienausgleichskasse werden obligatorisch

Im Gegensatz zu den Angestellten mussten sich Selbstständigerwerbende bisher im Kanton Schwyz nicht zwingend einer Familienausgleichskasse anschliessen. Gemäss schwyzerischem Recht konnten sie allerdings freiwillig einer Familienausgleichskasse beitreten. Nun tritt auf 2013 ein revidiertes Bundesgesetz über Familienzulagen in Kraft. Die Anschlussgesetzgebung für den Kanton Schwyz wurde in der Volksabstimmung vom 23. September mit deutlichem Mehr gutgeheissen. Der Schwyzer Kantonsrat hat dazu die kantonale Vollzugsverordnung an das eidgenössische Recht angepasst. Neu ist, dass alle Selbstständigerwerbenden sich obligatorisch Ausgleichskasse anschliessen müssen, also künftig bis zu einem limitierten Betrag obligatorisch Beiträge einzahlen müssen, aber auch zwingend Kinderzulagen erhalten.

Baubegriffe werden vereinheitlicht

Der Regierungsrat macht den Weg frei, im Kanton Schwyz Baubegriffe und Messweisen dem gesamtschweizerischen Standard anzupassen. Heute gelten in der Schweiz 26 kantonale und noch weit zahlreicher kommunale Baugesetze. 2005 haben die Kantone beschlossen, 30 Baubegriffe und Messweisen zu vereinheitlichen, wobei den Gemeinden die Festlegung der Masse nach wie vor vorbehalten bleibt. Mittlerweile haben zehn Kantone die Vereinbarung übernommen. Aufgrund der bevorstehenden Anpassungen des kantonalen Rechts an die Neuerungen auf Bundesebene und der Ergebnisse der Befragung der Gemeinden und Bezirke ist der Regierungsrat überzeugt, dass dem Beitritt des Kantons zu Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) nichts mehr im Wege steht. Der Beitritt soll per 1. Januar 2013 erfolgen.

Eurokrise drückt die Holzpreise

Die aktuelle Holzmarktsituation ist für die Schweizer Waldbesitzer infolge der Euroschwäche schlecht. Dies, obwohl die Nachfrage nach Bau- und Papierholz weiterhin gross ist. Der Grund der unbefriedigenden Situation: Die einheimischen Sägereien suchen nach günstigem Rohmaterial, damit sie mit dem Ausland konkurrieren können. Mit den schlechten Erlösaussichten sind kostendeckende Holznutzungen oftmals nur noch mit Schutzwald-Subventionen möglich, der Anreiz für ordentliche Nutzungen sinkt, die nachhaltige Waldpflege leidet, was sich langfristig negativ – auch finanziell – auswirken wird.

Das Gastgewerbe leidet weiter

Frankenstärke und hohe Kosten setzen dem Schwyzer Gastgewerbe zu. Die Logiernächte gingen bei ausländischen Touristen im laufenden Jahr um knapp 20 Prozent zurück, diejenigen der inländischen Gäste um 4,4 Prozent. Einzig die asiatischen Gäste verzeichnen einen Übernachtungsanstieg um 12,2 Prozent. So kommt die von der Schwyzer Kantonalbank (SZKB) in Zusammenarbeit mit BAK Basel erstellte Wirtschaftsprognose zum Schluss, dass 2012 zum zweiten Mal in Folge die Wertschöpfung im Schwyzer Gastgewerbe um über drei Prozent zurückgeht. Fürs Jahr 2013 wird mit einem leichten Anstieg um 0,8 Prozent gerechnet.

Schwyz als Kanton der Milliardäre

mögen, das laut dem Magazin «Bilanz» von den 300 Reichsten der Schweiz gehalten wird, sind rund 45 Milliarden in den Händen von Superreichen im Kanton Schwyz. 40 Milliarden Franken sind im Besitz von 13 Milliardären. Weitere rund 5 Mia. Franken gehören einem Dutzend Personen mit einem Vermögen von mindestens 100 Millionen Franken. Der reichste Schwyzer ist der in Feusisberg wohnhafte Klaus-Michael Kühne. Der gebürtige Deutsche als Mehrheitsaktionär der Logistikfirma Kühne + Nagel in Schindellegi verfügt über ein Vermögen von 6 bis 7 Mrd. Franken, wie der «Bilanz» entnommen wird. Neu hinzugezogen sind Milliardäre der Familien August von Finck, Maus und Carl Hirschmann. Ebenfalls neu im Kanton Schwyz sind die Milliardäre Marcel Erni, Alfred Gantner, Urs Wietlisbach der im Finanzgeschäft tätigen Partners Group. Der Kanton Schwyz beherbergt die grösste Superreichendichte der Schweiz. Darauf folgt der Kanton Nidwalden sowie Zug, Appenzell Innerrhoden, Zürich und Genf. Am Schluss dieser Statistik figurieren Freiburg, Uri, Wallis, Jura und Solothurn.

Vom 512 Milliarden Franken schweren Gesamtver-

Schlechte Sommersaison im Tourismus

Die Zahl der Logiernächte im Kanton Schwyz ist während des vergangenen Sommerhalbjahres (Mai bis Oktober) um 38340 Übernachtungen auf 352 706 Logiernächte zurückgefallen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Einbusse um 9,8 Prozent (ganze Schweiz: - 2,1 Prozent). Die Region Luzern/Vierwaldstättersee musste nur 2,1 Prozent einbüssen, der Kanton Luzern hat sogar um 1,4 Prozent zugelegt. Die kumulierte Bilanz 2012 von Januar bis Oktober sieht etwas weniger schlecht aus. Im ganzen Kanton ist ein Rückgang um 48816 Logiernächte oder 8,6 Prozent verzeichnet worden. In den ersten zehn Monaten wurden noch 518 680 Logiernächte registriert. Erfasst worden sind in diesem Zeitraum 102 Betriebe (Vorjahr 105) mit total rund 4500 verfügbaren Betten.

Verzugszinsen neu festgelegt

Wer seine Steuern zu spät oder nicht bezahlt, der hat einen Verzugszins zu leisten, wer zuviel bezahlt hat, der erhält nach definitiver Verrechnung einen Vergütungszins. Gemäss Steuergesetz hat die kantonale Steuerverwaltung diese Zinssätze jedes Jahr neu festzulegen. Dabei richtet sie sich nach den üblichen Verhältnissen am Geldmarkt. Für das Kalenderjahr 2013 gilt für nicht oder nicht vollständig bezahlte Steuern ein Verzugszins von 3,5 Prozent und für zu viel eingezahlte Steuern ein Vergütungszins von 1,0 Prozent. Diese Sätze gelten sowohl für die eigentlichen Steuern, für Nachsteuern, für Bussen und Kostenverrechnungen im Zusammenhang mit den Steuern.

Neu in der Geschäftsleitung

Der Verwaltungsrat der Kühne + Nagel International AG hat Detlef Trefzger mit Wirkung per 1. März 2013 neu in die Geschäftsleitung berufen. Trefzger wird weltweit die Verantwortung für den Geschäftsbereich Kontraktlogistik übernehmen. Gleichzeitig gibt Dirk Reich seine Verantwortung für diesen Bereich per sofort ab und übernimmt bis auf Weiteres Sonderaufgaben für den Präsidenten des Verwaltungsrats. Bis zum 1. März wird der Bereich Kontraktlogistik interimsweise von Reinhard Lange geführt.

Fernheizung für Küssnacht in Planung

Gleich wie die Agro Energie in Schwyz soll in Haltikon eine neue Fernheizung entstehen. Geplant ist es, dafür in den nächsten 10 Jahren rund 100 Mio. Franken zu investieren. Initiant dieses zukunftsträchtigen Vorhabens ist Baptist Reichmuth, der bereits erfolgreich mit seiner Agro Energie Schwyz AG eine Heizzentrale für den Talkessel von Schwyz aufgebaut hat. Strom und Wärme soll durch das Verbrennen von Restholz der Haltikoner Schilliger Holz AG erzeugt werden. Damit kann die ganze Region beheizt werden, konkret die Dörfer Küssnacht, Merlischachen, Greppen, Udligenswil und Adligenswil. Der Standort der Heizzentrale ist neben der Schilliger Holz AG geplant. Reichmuth hat dafür einem Bauern bereits eine grosse Bauparzelle abgekauft, das Baugesuch soll noch in diesem Jahr eingereicht werden. Das Areal liegt in der Industriezone. Hinter dem Projekt steht neben Reichmuth, der als Privatmann auftritt, Ernest Schilliger von der Schilliger Holz AG. Es liegen bereits Gesuche von 70 bis 80 Interessenten vor.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschenagentur (sda) zusammengestellt.

Mitarbeiter kompetent führen ist lernbar

In der modernen, komplexen Arbeitswelt von heute wird das Führen von Mitarbeitenden immer anspruchsvoller. Mitarbeiterführung ist ein wichtiger Aspekt, der über Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens entscheiden kann. Seit über 12 Jahren setzt sich der SVF-ASFC (Schweizerische Vereinigung für Führungsausbildung) für die systematische Aus- und Weiterbildung von angehenden und bereits aktiven Führungskräften aller Branchen und Stufen ein. Die SVF hat dazu ein mehrstufiges, modulares Ausbildungskonzept zur Führungsausbildung entwickelt, welches konsequent auf die Bedürfnisse der heutigen Arbeitswelt ausgerichtet ist. Die Ausbildung hat ein klares Konzept, welches einerseits Schwerpunkte setzt aber gleichzeitig ein breit gefächertes Wissen vermittelt. Absolventen der modularen Führungsausbildung haben die Möglichkeit, die erworbenen Kompetenzen durch die Eidgenössische Berufs- oder die Eidgenössische Höhere Fachprüfung zu dokumentieren.

Zielpublikum

Die Ausbildung richtet sich an zukünftige und bestehende Führungskräfte sämtlicher Branchen und Kaderstufen, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt führen: Nachwuchskräfte, Teamleiter, Gruppenleiter, Inhaber/-innen von KMUs sowie Abteilungsleiter/ -innen.

Ausbildungskonzept

Die SVF versteht Führung als Kombination von Leadership (Soft-Skills) und Management (Hard-Skills). Im Bereich Leadership liegen die Schwerpunkte der Ausbildung in zwischenmenschlichen Bereichen wie Kommunikation, Psychologie, Teamführung und Konfliktmanagement. Der Bereich Management ergänzt diese «Soft-Skills» durch Kenntnisse aus den Bereichen Finanzmanagement, Personalwesen, Organisation und Recht und stellt damit sicher, dass Führungsfachleute gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge verstehen und beurteilen können. Das Ausbildungskonzept umfasst Abschlüsse auf drei Stufen:

Stufe 1: Zertifikate SVF (Basisstufe)

Stufe 2: Führungsfachfrau/ Führungsfachmann

mit eidg. Fachausweis

Stufe 3: Führungsexpertin/

Führungsexperte mit eidg. Diplom

Die Ausbildungsmodule der Basisstufe (Führung auf Stufe Team/ Gruppe) bieten einen breiten Einstieg in das Thema Führung. Die Lerninhalte werden getrennt nach den Bereichen Leadership und Management vermittelt. Wer alle Modulbescheinigungen der Basisstufe des jeweiligen Bereiches (Leadership oder Management) erworben hat, erhält das entsprechende SVF-Zertifikat. Der Ausbildungsaufwand für die 6 Management-Zertifikate

beträgt ca. 250 - 300 Unterrichtslektionen und ca. 130 – 180 Lektionen für die 5 Leadership-Zertifikate. Dazu kommt die Lernzeit zu Hause von rund einer Stunde pro Lektion.

Eidgenössische Berufsprüfung

Die eidgenössische Berufsprüfung baut auf dem Wissen der SVF-Zertifikate Management und Leadership auf und ist modulübergreifend konzipiert. Managementmodule einer bereits abgeschlossenen Berufsprüfung (z. B. Technischer Kaufmann) werden dabei als gleichwertig anerkannt. Die Berufsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Zusätzlich ist ein Jahr Führungserfahrung auf Stufe Gruppe/Team Bedingung für die Zulassung. Mit der bestandenen Berufsprüfung (Titel: Führungsfachmann / Führungsfachfrau mit eidg. Fachausweis) weisen die Absolventinnen und Absolventen ihre Kompetenzen nach, eine Gruppe/ein Team sowohl personell als auch betriebswirtschaftlich kompetent führen zu können. Die meisten Kursanbieter bereiten ihre Teilnehmer/innen mittels eines Vorbereitungs- oder Vernetzungsmoduls auf die eidgenössischen Prüfungen vor. Es umfasst zusätzlich zu den SVF-Zertifikaten Management und Leadership zwischen 40 – 50 Lektionen mit entsprechendem Aufwand für Heimarbeit.

Neu: Eidgenössische Höhere Fachprüfung

Neu bieten die Mitgliedschulen der SVF die dritte Stufe an: das eidgenössische Diplom als Führungsexpertin bzw. Führungsexperte. Die eidgenössische höhere Fachprüfung basiert auf den 5 Modulabschlüssen der Diplomstufe und beinhaltet das Erstellen eines persönlichen Kompetenzprofils sowie ein Expertengespräch. Auf der Stufe Organisationseinheit (KMU/Abteilung) werden in den Modulen jeweils Leadership- und Management-Aspekte kombiniert vermittelt. Die bestandene Höhere Fachprüfung attestiert den Absolventinnen und Absolventen, dass sie eine Organisationseinheit (KMU/Abteilung) personell und betriebswirtschaftlich kompetent führen können. Aufbauend auf der Berufsprüfung muss für die 5 Module der Diplomstufe mit einem Aufwand von ca. 300 - 400 Unterrichtslektionen und mit etwa gleichviel Zeit für das Selbststudium gerechnet werden.

Hoher Ausbildungsnutzen

Seit ihrer Schaffung im Jahre 2000 befindet sich die modulare Führungsausbildung auf Erfolgskurs. Die stetig und stark wachsenden Zahlen von Absolventinnen und Absolventen sprechen für eine gute Effektivität der Ausbildung in der Praxis sowie für die zunehmende Bekanntheit und Akzeptanz der Abschlüsse in der Arbeitswelt. Derzeit werden jährlich in allen drei

Sprachregionen rund 4500 Modulprüfungen absolviert. Die Zahl der Berufsprüfungen ist seit 2004 kontinuierlich gestiegen; im Jahr 2011 wurden über 360 Berufsprüfungen abgelegt. Die ersten Modulprüfungen auf Diplomstufe sind für das Jahr 2012, die ersten eidgenössischen Prüfungen für das Jahr 2013 geplant.

Information und Beratung

Weitere Informationen und Details zur Ausbildung finden Sie auf der Homepage der Schweizerischen Vereinigung für Führungsausbildung SVF-ASFC: www.svf-asfc.ch.

(Cyrill Moser, Berufs- und Studienberatung Goldau)

Ausbildungskonzept der modularen Führungsausbildung

Stufe 3

Höhere Fachprüfung «Führungsexperte / Führungsexpertin»

5 Module (Stufe KMU / Abteilung)

- Innovation im Leistungserstellungs- und Führungsprozess
- Analyse, Methodik und Entscheidung im Führungsprozess
- Strategie- und marktorientierte Führung
- Kommunikation und Wissensentwicklung im Führungsprozess
- Umsetzungsorientierte und wirkungsvolle Führung



Stufe 2

Eidgenössische Berufsprüfung «Führungsfachmann / Führungsfachfrau»

Vernetzungsmodul (Vorbereitung auf die eidgenössische Prüfung)



Stufe 1

Zertifikat SVF Management

6 Module (Stufe Team/Gruppe)

- Betriebswirtschaft
- Rechnungswesen
- Personalwesen
- Organisation
- Projektmanagement
- Recht

Zertifikat SVF Leadership

5 Module (Stufe Team / Gruppe)

- Selbstkenntnis
- Selbstmanagement
- Führung
- Kommunikation
- Konfliktmanagement

Wirtschaft und Politik erkennen dringenden Handlungsbedarf für den industriellen Mittelstand!

Der Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) weist mit Unterstützung des Schweizerischen Gewerbeverbandes sqv und den Nationalräten Markus Hutter (FDP), Thomas Müller (SVP) und Gerhard Pfister (CVP) mit Nachdruck auf die schlechten Rahmenbedingungen des industriellen Mittelstandes in den Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz hin. Diesen Missstand klagt Matthias Baumberger, Herausgeber und Mitautor des Fachbuches «Manifest für den industriellen Mittelstand», an und zeigt anhand von sieben Forderungen auf, wie die KMU im Industriesektor gezielt gefördert werden können.

Mit dem Manifest fordert Matthias Baumberger, Direktor des Verbandes der Schweizerischen Lackund Farbenindustrie (VSLF), Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung auf, die aktuelle unbefriedigende Lage des industriellen Mittelstands, des Rückgrats unserer Volkswirtschaften, bewusster wahrzunehmen und die in der Publikation kritisierten Punkte der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zügig zu verbessern. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, damit sich die KMU im industriellen Sektor positiv entwickeln und so Arbeitsplätze und Lehrstellen anbieten können.

Das Manifest besteht aus drei Teilen und ist auf die D-A-CH-Region (Baden-Württemberg, Bayern, Österreich und Schweiz) fokussiert. Die bislang erfolgreiche Entwicklung und grosse Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für diese Region wird im ersten Teil im Rahmen einer detaillierten Studie anhand von Kriterien wie Wertschöpfung, Produktionswerte, Erwerbstätigkeit, Input-Output-Beziehungen, Technologiegrad und Forschungsintensität dokumentiert.

Im zweiten Teil der Studie erläutern sechs junge Geschäftsleiter/Innen (je zwei pro Land) ungeschminkt, wie sie ihre jeweiligen Rahmenbedingungen beurteilen und wo sie Handlungsbedarf sehen, um die täglichen Herausforderungen des Wettbewerbs meistern zu können.

Einzelne Vertreter aus Politik und öffentlichen Verwaltungen sind sich dieser Probleme durchaus bewusst. Dies zeigen drei Beiträge aus der Feder von Spitzenvertretern aus Politik und Behörden der drei Länder im abschliessenden Teil (MdB Albert Rupprecht, Kabinettchef Harald Kaszanits und Botschafter Eric Scheidegger).

Aus den drei Teilen des Manifests hat Matthias Baumberger sieben zentrale Forderungen abgeleitet:

- Das duale Bildungssystem muss gestärkt und attraktiver gestaltet werden.
- Technische Berufe und Studiengänge müssen gefördert werden.
- 3. Die grosse Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft muss kommuniziert werden.
- 4. Die öffentlichen Finanzen müssen konsolidiert und die Administration verschlankt werden.
- 5. Der administrative und regulatorische Aufwand für Unternehmen muss sinken.
- 6. Die Belastung der Unternehmen durch Steuern und Gebühren darf nicht weiter steigen.
- Der demografischen Herausforderung muss rasch begegnet werden.

Die an der Pressekonferenz anwesenden Parlamentarier haben die sieben Forderungen zum Erhalt der mittelständischen Industrie aus politischer Perspektive durchleuchtet und den offensichtlichen Handlungsbedarf betont.

(VSLF / sgv)

Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung: EDI erlässt Prioritätenordnung

Ende Januar 2015 läuft das Impulsprogramm des Bundes für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen aus. Die Finanzhilfen des Bundes entsprechen nach wie vor einem grossen Bedürfnis: Seit 2003 wurden 2200 Gesuche bewilligt, und es werden laufend neue Gesuche eingereicht. Der Bund hat die Schaffung von bisher 39000 neuen Betreuungsplätzen unterstützt. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) geht davon aus, dass der aktuell noch zur Verfügung stehende Kredit nicht bis Ende Januar 2015 reichen wird. Aus diesem Grund erlässt das EDI auf den 1.Januar 2013 eine Prioritätenordnung, mit der eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der Mittel erreicht werden soll.

Das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist am 1. Februar 2003 in Kraft getreten. Die Geltungsdauer wurde ursprünglich auf 8 Jahre befristet und wurde dann um 4 Jahre bis zum 31. Januar 2015 verlängert. Die Nachfrage nach den Finanzhilfen ist gross. Bisher wurden 2200 Gesuche bewilligt, womit der Bund die Schaffung von 39000 neuen Betreuungsplätzen unterstützt hat. Über 200 Gesuche sind derzeit in Bearbeitung, und laufend werden neue Gesuche eingereicht.

Kreditmittel reichen voraussichtlich nicht aus

Für die vier Jahre vom 1. Februar 2011 bis zum 31. Januar 2015 steht ein Verpflichtungskredit von 120 Mio. Franken zur Verfügung.

Zurzeit verbleiben davon noch rund 34 Mio., die für neu eingereichte Gesuche eingesetzt werden können. Das EDI geht davon aus, dass dieser Restbetrag nicht bis Ende Januar 2015 ausreichen wird. Aus diesem Grund erlässt es, wie im Gesetz vorgesehen, auf den 1. Januar 2013 eine Prioritätenordnung, die eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der noch verfügbaren Gelder zum Ziel hat.

Bisher wurden die Gesuche um Finanzhilfen nach dem Prinzip «first come - first served» behandelt, unabhängig davon, aus welchem Kanton sie stammten. Die Nachfrage nach den Finanzhilfen war nicht in allen Kantonen gleich gross. In einigen Kantonen wurde das Angebot an Betreuungsplätzen seit 2003 sehr aktiv ausgebaut. Daher wurden aus diesen Kantonen überproportional viele Finanzhilfen beantragt. In andern Kantonen wurden weniger neue Betreuungsplätze geschaffen, daher kamen aus diesen Kantonen weniger Gesuche.

Verteilung des verbleibenden Kredits bis zum Auslaufen des Impulsprogramms

Mit der Prioritätenordnung werden nun ab 1. Januar 2013 80% des Restkredits für Gesuche aus jenen Kantonen reserviert, aus welchen im Vergleich zu anderen Kantonen bisher weniger Finanzhilfen beantragt wurden. Damit kann in diesen Kantonen der Ausbau der Betreuungsplätze im Jahr 2013 noch einmal gezielt gefördert werden.

Für Gesuche aus jenen Kantonen, aus welchen bereits überproportional viele Finanzhilfen beantragt wurden, werden die restlichen 20% des verbleibenden Kredits zur Verfügung gestellt. Dies stellt sicher, dass Betreuungsangebote, die in der Planung schon weit fortgeschritten sind, noch realisiert werden können.

Gesuche aus einem Kanton, für den die Kreditlimite 2013 ausgeschöpft werden, und die deshalb nicht mehr berücksichtigt werden können, werden auf eine Warteliste gesetzt. Sollten 2013 nicht alle Mittel aufgebraucht werden, so werden verbleibende Kreditreste für die Gesuche auf den Wartelisten zur Verfügung gestellt. Verbleiben dann immer noch Mittel, so werden diese für im Jahr 2014 neu eingereichte Gesuche verwendet. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sämtliche Mittel bis zum Ende des Programms ausgeschöpft werden können und damit möglichst viele neue Betreuungsplätze geschaffen werden.

Die Prioritätenordnung tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft und gilt für sämtliche Gesuche, die von diesem Zeitpunkt an eingereicht werden. Gesuche, die bereits vor dem 1. Januar 2013 eingereicht wurden, sind davon nicht betroffen. Die definitive Verteilung des Restkredits auf die Kantone wird im Januar 2013, aufgrund der Abrechnung 2012, berechnet.

(Bundesverwaltung admin.ch)

Ecopop-Initiative: Wirtschaftsfeindliche Scheinlösung im Namen des Umweltschutzes

Der Verein Ecopop stellt sich mit der Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», welche am 2. November 2012 bei der Bundeskanzlei eingereicht wurde, gegen das weltweite Bevölkerungswachstum. Das damit einhergehende Konsumverhalten belaste die Umwelt, vermindere die Lebensqualität und widerspreche dem Ziel einer nachhaltigen Welt gemäss Art. 73 der Bundesverfassung.

Nicht realistische Forderungen

Ecopop fordert deshalb konkret, die Bundesverfassung dahingehend zu ergänzen, dass die Bevölkerungszahl der Schweiz auf die natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet werde, die ständige Wohnbevölkerung infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent wachsen dürfe, der Bund mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Gelder in die Förderung der freiwilligen Familienplanung zu investieren habe und keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen dürfe, welche gegen diese Ziele verstossen, resp. solche zu kündigen habe.

Falsche Ansätze

Das Volksbegehren hat sowohl eine globale, als auch eine lokale Stossrichtung. Auf globaler Ebene wird insbesondere geltend gemacht, 80 Mio. Frauen würden weltweit jährlich schwanger, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln hätten. Dies führe zu Umweltproblemen. Abgesehen davon, dass die Ecopop-Initiative die globalen Umweltprobleme damit auf das Bevölkerungswachstum reduziert und Fragen wie z.B. den sinnvollen Umgang mit Ressourcen ausser Acht lässt, wären in erster Linie die Bildung von Frauen und Mädchen und deren Integration in das soziale und wirtschaftliche Leben weiterzuverfolgen. Diese Ansätze wirken sich bereits heute auf die Familienplanung und das Bevölkerungswachstum aus. Ecopop ignoriert die strukturelle Ursache, dass hohe Geburtenraten primär armutsbedingt sind und der vermeintlichen Existenzsicherung der Eltern dienen.

Hinsichtlich der lokalen Stossrichtung der Limitierung der Zuwanderung in die Schweiz auf 0,2 Prozent pro Jahr suggeriert das Volksbegehren ebenfalls, dass Naturschutz direkt abhängig ist von der Zahl der Einwohner. Qualitative Aspekte, wie beispielsweise die Erschliessung umweltverträglicher Energieformen oder verdichtetes Bauen, fliessen nicht in die Betrachtung mit ein.

Wirtschaftliches Eigentor

Die Initiative will das Bevölkerungswachstum über die Einwanderung steuern. Die damit notwendig werdende Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens zöge die automatische Kündigung aller anderen Abkommen aus dem Paket der Bilateralen I nach sich, mit absehbaren negativen Folgen für die ganze Wirtschaft. Vor zehn Jahren hat ebendieses Abkommen eine Liberalisierung eingeläutet, welche - diese Bilanz kann heute entgegen den Argumenten der Initianten gezogen werden - der Schweiz zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand verholfen hat. Diesen Erfolg wegen derart fragwürdigen umweltschützerischen Zielen zu opfern, wäre ökonomisch leichtsinnig, demographisch unbedacht und fremdenfeindlich. Das Resultat wäre tausende von fehlenden Arbeitskräften, ein Loch bei der AHV und ein Bruch mit der EU.

Die Initiative ist abzulehnen, denn sie schaff t an vielen Fronten Probleme, vermag aber auf der anderen Seite kaum welche zu lösen; es würde einzig ein Sonderfall Schweiz geschaffen.

(Centre Patronal)

Der Schutz der Menschenrechte ist eine Daueraufgabe

Bundesrat Didier Burkhalter zum Internationalen Tag der Menschenrechte

Anfangs Dezember vor 64 Jahren haben die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Seither wird jeweils am 10. Dezember mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte dieses Ereignisses gedacht. Dieser Tag darf aber nicht nur ein Gedenktag sein: Weil in allen Teilen der Welt Verletzungen der Grundrechte stattfinden, ist es wichtig, an diesem Tag die Freiheit und die Rechte des Menschen auch einzufordern. Der Schutz der Menschenrechte erfordert an 365 Tagen im Jahr unsere Aufmerksamkeit.

Das führt uns das Beispiel Syrien deutlich vor Augen. Hier werden die Menschenrechte auf das Gravierendste verletzt. Diese Menschenrechtsverletzungen müssen unbedingt geahndet werden, damit die Bevölkerung Syriens eine Chance hat, dereinst wieder friedlich zusammen zu leben. Die Schweiz setzt sich deshalb zusammen mit gleichgesinnten Staaten dafür ein, dass alle Menschenrechtsverletzungen mit aller Konsequenz untersucht werden, egal von wem sie begangen werden. Das Syrien-Dossier soll nach Ansicht der Schweiz an den Internationalen Strafgerichtshof übergeben werden.

Doch Syrien ist nur eines von vielen Beispielen, wo Menschen in ihren Freiheiten und Rechten bedroht sind oder ihre Rechte gar mit Füssen getreten werden. Auch in vielen anderen Staaten werden Menschen gefoltert oder hingerichtet, werden Frauen vergewaltigt oder Kinder als Kindersoldaten in kriegerische Auseinandersetzungen geschickt. Häufig spielt sich dies abseits der Weltöffentlichkeit ab. Der heutige Tag ist deshalb wichtig, um für die Grundrechte aller Menschen einzutreten. Und dies überall auf der Welt, denn die Menschenrechte sind universell gültig.

Dieses Einstehen für die Menschenrechte ist eine Daueraufgabe aller, und es ist gerade auch für die Schweiz, ihre Aussenpolitik und ihre Beziehungen seit Langem ein zentraler Pfeiler ihres Engagements. Erfreulicherweise gibt es hier auch positive Entwicklungen. Erst kürzlich hat die UNO-Generalversammlung eine Resolution für ein Moratorium gegen die Todesstrafe angenommen. Es besteht also heute eine grosse Mehrheit von Staaten, welche die Todesstrafe abgeschafft haben oder de facto nicht mehr anwenden. Diesen Trend will die Schweiz mit allen Kräften unterstützen. Und wir können uns glücklich schätzen, dass unsere Nachbarländer hier mit uns mit einer Stimme sprechen. Im Oktober hat die Schweiz einen Aufruf gegen die Todesstrafe lanciert. Innert weniger Tage hatten die Aussenminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Österreichs und des Fürstentums Liechtenstein unsere Initiative zu diesem Aufruf unterzeichnet. Und dass dieser Aufruf nötig ist, ist leider eine Realität. Denn in verschiedenen Ländern nimmt die Zahl an Exekutionen jedes Jahr sogar zu – auch bei nicht kapitalen Verbrechen wie Drogenhandel, Ehebruch, Hexerei oder ganz einfach aus politischen Gründen.

Trotz dieser positiven Tendenz müssen wir unser Engagement für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe mit aller Kraft fortsetzen. Wie das Recht auf Leben, ist auch der Schutz vor Folter ein zentrales Menschenrecht. Es ist ein Grundrecht, über dessen Unantastbarkeit weltweite Einigkeit bestehen muss. Wer foltert oder Folter zulässt, macht sich strafbar, verletzt ein internationales Menschenrecht. Um hier entgegenzuwirken, müssen wir den Kampf gegen die Straflosigkeit führen. Nicht nur in Syrien. Diktatoren überall auf der Welt sowie deren Handlanger und Folterknechte müssen wissen, dass sie für ihre grausamen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Noch aber müssen Millionen Kinder, Frauen und Männer in ständiger Angst und in einem Klima von Gewalt leben. Weltweit und jeden Tag.

Die Einhaltung der Menschenrechte ist nicht nur ein aussenpolitisches Anliegen. Wir müssen die Grundrechte in erster Linie auch im eigenen Land achten. Der Menschenrechtsschutz in der Schweiz ist auf einem hohen Niveau. Die kürzlich erfolgte periodische Überprüfung des **UNO-Menschenrechtsrates hat dies** klar bestätigt. Dennoch lassen sich auch in der Schweiz Verbesserungen erzielen, beispielsweise im Bereich des Menschenhandels.

Die Geschichte lehrt uns, dass die Freiheit und die Würde des Menschen nicht garantiert sind. Vielmehr muss man für diese Rechte einstehen und kämpfen. Der Schutz der Menschenrechte ist eine Daueraufgabe, die jeden von uns angeht. Der Tag der Menschenrechte erinnert uns daran, hinzuschauen, uns zu wehren, die Stimme zu erheben und uns einzusetzen für den Schutz der Freiheit und der Rechte aller Menschen überall auf der Welt.

(www.news.admin.ch)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98.3	98,7	98,6	98,5	
1	-2,4	-1,9	-2,0	-2,3	-2,3	-2,2	-1,8	-0,1	0,3	0,4	1,2	

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99.3
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	
1	-0,8	-0,9	-1,0	-1,0	-1,0	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4	-0,2	-0.4	

		2010 ²	2011 ²	2012						
				Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Monatsindex (Dezember 2010 = 100)									
	Totalindex	99,7	100	99,8	99,5	99	99	99,3	99,4	99,1
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,6	98,3	97,9	98,1	98,1	97,4	97,2	97,6	96,8
E	Alkoholische Getränke und Tabak	99,4	101,0	101,6	102,6	102,5	102,0	102,6	102,1	102,7
	Bekleidung und Schuhe	93,2	94,5	94,6	91,9	83,6	82,8	88,4	92,1	91,7
iruppen von Güter Dienstleistungen	Wohnen und Energie	99,3	101,7	102,5	102,2	102,2	102,6	102,8	102,7	102,3
l it o	Hausrat und laufende Haushaltführung	100,1	98,8	97,1	97,9	96,0	96,4	96,6	96,8	96,5
leis v	Gesundheitspflege	100,4	100,2	100	100,1	100	99,8	99,8	99,8	99,7
ppe nst	Verkehr	99,4	100,5	99,2	98,0	97,6	98,2	98,7	98,2	97,2
rup Die	Nachrichtenübermittlung	100,0	100,1	100,1	100	99,9	100	98,4	98,4	97,9
10-51	Freizeit und Kultur	100,5	97,2	94,6	94,7	94,8	94,2	94,4	94,7	94,9
Nach	Erziehung und Unterricht	98,9	100,3	101,6	101,6	101,6	101,6	102,9	102,9	102,9
2	Restaurants und Hotels	100,1	101,6	102,4	102,4	102,2	102,2	102,1	101,9	101,8
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,2	100,4	100,8	100,4	100,7	100,5	100,4	100,2	100,4
# +	Inlandgüter	99,8	100,4	100,6	100,6	100,5	100,4	100,4	100,4	100,2
Art	Auslandgüter	99,4	98,7	97,4	96,4	94,8	95	96,2	96,7	95,8
Nach Herkunft und Art	Waren	99,8	99,1	97,9	97,2	96,0	96,0	96,8	97,1	96,4
T 3	Dienstleistungen	99,7	100,6	101,1	101,1	101,2	101,1	101,1	101	101

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html

² Jahresmittel

Kapitalismus mit Suppe

Schöner Regelmässigkeit folgend, hat sich unser Büro vor einigen Tagen in der Suppenanstalt Schwyz zu Tisch begeben. Das geht jeweils so: Man betritt einen radikal schmucklosen Raum in einem Untergeschoss beim Schulhaus Herrengasse, durchquert die unter Dampf stehende Küche und setzt sich dort, wo gerade noch Platz frei ist, wahlweise zwischen der örtlichen Schülerschaft, Bankangestellten, Handwerkern - zwischen Kindern, Frauen und Männern aller Gattung. Serviert wird je Wochentag eine Suppe (wir hatten Gerstensuppe), dazu wird Käse und Brot gereicht. Auf dem Tisch stehen Mineralwasser- und Mostflaschen. Das Menu kostet 5 Fr., wer mehr Käse nimmt, zahlt etwas darüber hinaus, Suppennachschlag ist frei. Als Köche und Servicepersonal fungieren seit Jahren bewährte Männer jenseits des nominellen AHV-Alters. Eine Saison dauert rund 50 Tage, es werden über 10000 Liter «feinste Suppe» (Eigenwerbung, die der Wahrheit entspricht) ausgegeben. Die Suppenanstalt erfüllt ihre Aufgabe, Generation für Generation.

Was als Beginn einer Weihnachtsgeschichte herhalten könnte, regt zum Nachdenken über den Kapitalismus an, wenn man sich die wohl einmalige Geschichte der Suppenanstalt vergegenwärtigt. Heute ein Verein, wurde sie vor 150 Jahren als Aktiengesellschaft ins Leben gerufen. Aktiengesellschaften sind ihrer Natur nach Instrumente des Kapitalismus. Wegen ihrer Struktur und Organisation, dank Risikostreuung und Flexibilität haben sie massgeblich zur Revolutionierung unserer ehemals ständischen Wirtschaftsordnung und zur Demokratisierung der westlichen Gesellschaften beigetragen.

Für oder gegen Kapitalismus zu sein, ist gar keine Frage (ausser für eine politische Partei in der Schweiz). Kapitalismus ist eine Tatsache aber keine zu erleidende. Kapitalismus ist nämlich das, was funktioniert, wenn man ökonomisch und ökologisch optimierte Mittelallokation, Innovation, bürgerliche Freiheit und die Beteiligung breiter Bevölkerungsteile als erstrebenswert qualifiziert.

Eine Aktiengesellschaft kann nötigenfalls Suppe ausschenken und Menschen zusammenführen.

Kapitalismus als Mittel. Nicht als Zweck.

Schöne Weihnachten.

Reto Wehrli, e. Nationalrat, Schwyz

Diese Ausgabe wird gesponsert von Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küssnacht am Rigi www.raeberswiss.ch

Nr.	Datum	Sponsor	448	25. 04 2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli,
437	26. 04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe,			Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
		Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar	449	30. 05 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel,
438	24. 05 2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach			Erlistrasse 2, 6403 Küssnacht a.R.
439	28. 06 2012	Gasser Hülsen GmbH, Kartonhülsenfabrik,	450	27. 06 2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
		Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm	451	29. 08 2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG,
440	30. 08 2012	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz,			Hauptstr. 178, 6436 Muotathal
		Riedstrasse 17, 6431 Schwyz	452	26. 09 2013	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
441	27. 09 2012	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	453	24. 10 2013	
442	25. 10 2012	Bruhin AG, druck I media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach	454	28. 11 2013	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur,
443	29. 11 2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66,			Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
		8832 Wollerau	455	17. 12 2013	Wyrsch Unternehmerschule AG,
444	16. 12 2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151,			Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach
		6403 Küssnacht am Rigi	456	24. 01 2014	
445	24. 01 2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau,	457	21. 02 2014	
		Leuholz 23, 8855 Wangen SZ	458	28. 03 2014	
446	21. 02 2013	720 Grad AG, Architekturbüro,	459	25. 04 2014	
		Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf	460	30. 05 2014	
447	28. 03 2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz	461	27. 06 2014	